

Antrag der Fraktion der FDP

Medizinische Versorgung und Beschäftigung sichern – Klinikverbund auflösen

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft lehnt die Vorstellungen des Senats zur Entschuldung des angeschlagenen kommunalen Klinikverbundes Gesundheit Nord ab.

Das Eingehen von Bürgschaften und die Übernahme von Schulden durch die Stadtgemeinde Bremen bzw. das Land Bremen in Höhe von mehreren 100 Millionen Euro zugunsten der Bremer kommunalen Kliniken belastet die Stadtgemeinde Bremen und das Land in unvertretbarer Weise mit Risiken.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, ein Konzept zur Auflösung des Klinikverbundes Gesundheit Nord vorzulegen. Der Betrieb der vier Kliniken Bremen-Mitte, Bremen-Ost, Bremen-Nord und Links der Weser ist in geeigneter Weise in die Trägerschaft privater oder freigemeinnütziger Betreiber zu überführen. Hierbei wird explizit die Möglichkeit offen gehalten, für den Betrieb der einzelnen Klinika mehrere unterschiedliche Träger zu gewinnen.

Bei der Entscheidung über die in Betracht kommenden Trägerschaftsalternativen muss eine Lösung gefunden werden, die

- die Stadtgemeinde Bremen vom Gesellschafterrisiko vollständig freistellt,
- die weiteren von der Stadtgemeinde und vom Land zu tragenden Kosten und Risiken minimiert,
- ein hohes Niveau medizinisch-pflegerischer Leistungen, welches sowohl den bundesrechtlichen Qualitätsvorgaben als auch der Landeskrankenhausplanung vollständig entspricht, am Standort Bremen im Interesse der Patientinnen und Patienten sicherstellt sowie
- einen dauerhaft wirtschaftlichen Betrieb der Krankenhäuser durch private oder freigemeinnützige Betreiber ermöglicht und damit die Voraussetzung für den dauerhaften Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze in den Krankenhäusern schafft.

Eine politische Vorfestlegung auf eine Trägerschaftsvariante oder eine gesellschaftsrechtliche Konstruktion erfolgt nicht.

Dr. Oliver Möllenstädt,
Uwe Woltemath und Fraktion der FDP